

# ROTTENKAMPF

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Rottenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Spargabezeit frei  
Das monatliche Abonnement kostet 200 Mark, eine halbjährige 1000 Mark. Preis und  
Sendung durch die Deutsche Reichspost für den Bezirk Halle-Merseburg, 600000, Halle, Vertriebsstelle 14.

Abgabezeit: 13 Pfennig für den 100-Mark-Block und 70 Pfennig für Restlose im Zeitteil.  
Manuskripte zu richten nach Halle, Vertriebsstelle 14, Tel. 1048, 1047, 2251. Zeiger, Abt.: Rottenkampf  
Halle. Redaktion: Kommerz- u. Vertriebsamt, Halle, Vertriebsstelle Leipzig 1068 60 Fritz-Roth, Halle.

Abonnementpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 3. September 1926

6. Jahrgang Nr. 207

## Die Bourgeoisie für Geveerings Moskwa-Erlass

Die Kamberlach des sozialdemokratischen Innenministers Geveering, die Entregung, Auslösung und Verbot von proletarischen Organisationen durch die preussische Polizei befiehlt, findet den Weg der Presse, die die Interessen der reaktionären Bourgeoisie in ganz besonderer Weise. Auch mit der Drohung der Lösung proletarischer Organisationen, falls auch nur einzelne Mitglieder sich an Zusammenkünften beteiligen, ist die Bourgeoisie sehr zufrieden.

Die Deutsche Zeitung des ruffischen Flügel der Deutschnation, die gepönbelt darauf, ob der Erlass auch eingehalten wird. In der Zeitung „Kreuz-Zeitung“ hätte gewünscht, daß Geveerings Erlass früher gekommen wäre. Sie begrüßt ihn aber trotzdem mit der Überschrift: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt...“

Der „Kreuz-Zeitung“ Eugenbergs schreibt: „Wenn Geveering es früher so durchgegriffen hätte, hätte er sich diese Arbeit sparen lassen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt zu Geveerings Erlass: „Die hier erfolgte Ankündigung eines entschlossenen Durchsetzens der Polizei wird von allen wahren Staatsbürgern, die in manchen Mal nach dem Moskwa-Erlass haben, mit Freude begrüßt werden, denn das in jenen Ausführungen (Geveerings Erlass) D. Red.) gekennzeichnete Treiben hatte in letzter Zeit, besonders bei der kommunistischen Propaganda für den Kampf der Arbeiterklasse (1), Formen angenommen, die nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Bürgern in hohem Maße unangenehm und anstößig waren.“

Der „Kreuz-Zeitung“ schreibt weiter den Erlass, daß mit Entschlossenheit gegen den reifen Straßenterror wendet, daß hierhin, daß aus Anlaß der großen Kundgebung am 1. September die erste Gelegenheit zur Durchführung des Erlasses sei.

Der „Kreuz-Zeitung“ bringt den Erlass unter der fetten Überschrift: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt...“

belegt, daß dies Blatt über die neueste Tat des Ministers Geveering eitel Freude empfindet. Die Überschrift lautet: „Ein Ordnungserlass Geveerings — Fort mit Waffen, Schlagwerkzeugen und Organisationen.“ Am allgemeinen Begriffe des Moskwa-Erlasses, die diesen Geveering-Erlass und es gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die Interessen der Kommunisten vorangehen wird.

Auch die „unparteiischen“ „Halleischen Nachrichten“ können ihre Freude über den Geveering-Erlass nicht unterdrücken. Sie schreiben sich einig mit Geveering und seiner Antikommunistenbegeisterung. „Das „Kreuz-Zeitung“ schließlich bringt den Erlass seines Innenministers ohne jeden Kommentar, lediglich mit der Überschrift: „Gegen Aufrufliche — Ein Erlass des preussischen Innenministers.“

Der durch diesen Geveering-Erlass die an und für sich schon reaktionäre und provozierende Polizei geradezu zur Aufruflichkeit gegen die Arbeiterklasse gezwungen wird, nicht dieser Wirkung weiß das Blatt natürlich nichts. Es erinnert sich auch nicht mehr, welche Propagandaatmosphäre die Moskwa-Erlasse in den Jahren nach der Revolution gegen die Arbeiterklasse ausgeübt haben.

Die linke sozialdemokratische Presse „Volksbote“ und „Kreuz-Zeitung“ wissen überhaupt noch nichts, daß sie wohl diesen Moskwa-Erlass Geveerings „überleben“ haben?

### Die Kommunisten fordern Zurückziehung des Geveering-Erlasses

„Der Rote Stern“ hat die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die sofortige Zurückziehung des Erlasses des Ministers des Innern Geveering über öffentliche Kundgebungen verlangt.

### Die vermögensrechtlichen Verhandlungen zwischen der Braun-Geveering-Regierung und den Hohenzollern perliert?

Die „Kreuz-Zeitung“ meldet: Am Sonnabend trifft der Generalbevollmächtigte des kaiserlichen Hohenzollern, von Reg. in Berlin ein, um dem preussischen Staatsministerium einen neuen Vorschlag in der Angelegenheit der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Staat und dem ehemaligen Königsbau zu unterbreiten. Er wollte die letzte Zeit in Doorn, wo er alle freitragenden Fragen mit dem ehemaligen Kaiser eingehend besprochen und auf Grund dieser Besprechungen den neuen Vergleichsvorschlag abgelehnt hat.

Schon seit längerer Zeit ging der Briefwechsel zwischen der Regierung Braun-Geveering und dem Kaiserlichen Hof in Berlin ein. Es wurden Verhandlungen gepflogen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Preußen und den Hohenzollern. Bis jetzt ist es dem Kaiserlichen Hof gelungen, die Verhandlungen auf ein unangünstiges Standbild zu bringen. Die Braun-Geveering-Regierung vor der reichsgesetzlichen Regelung der ganzen Materie mit den Hohenzollern verhandelt. Nun sind die Verhandlungen so weit gediehen, daß der Finanzbevollmächtigte des Hohenzollern von Doorn nach Berlin fährt, um die Verhandlungen weiter zu forcieren. Man überlegt sich, in der preussischen Regierung sitzen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Braun als Ministerpräsident und Geveering als preussischer Innenminister. Die Sozialdemokratie hat vor Monaten in der höchsten Töne, seinen Pfennig den „Kreuz-Zeitung“ gerufen, und heute verhandelt die preussische Regierung Braun-Geveering mit dem Hohenzollern, trifft Abmachungen mit ihnen, obwohl die ganze Regelung der Vermögensverhältnisse reichsgesetzlich heute noch aussteht. Genau so wie die preussische Regierung, wie Geveering durch seinen neuesten Erlass gegen den Rottenkampferbund der Braun-Geveering-Regierung, ist genau so unternimmt es die Braun-Geveering-Regierung, durch möglichst schnelle Beilegung der Geldbeschlüsse der Hohenzollern die monarchistische Reaktion zu leben, wobei die Beschlässe der Hohenzollern für die durch den Reichsausschuss erlassene Unzulässig zu machen.

übrigen englischen Gewerkschaften jede positive Unterhaltungsaktion endgültig abgelehnt haben und auch der IGB eine Kohlenpreize nicht durchzuführen will.

### Keine Aussicht auf Einigung

London, 3. September.  
Die dem Vollgouverneur der Bergarbeiter erteilte Anweisung, Vorschläge für ein nationales Kohlenindustrieabkommen zu erwidern, ist im Mittelpunkt der gesamten Bergarbeiterbewegung. „Morning Post“, die dem Standpunkt der Bergarbeiter vertritt, schreibt: „Unter Hinweis auf die Regelung Coals, daß die Arbeitseitz nicht angefochten werden darf, und auf die Tatsache, daß die Delegierten auf ein das ganze Land umfassende Abkommen beschränkt werden, machen sich die neuen Verhandlungen fruchtlos. Auch „The Economist“ bemerkt, es sei schwierig zu sehen, wobei die Beschlässe der Bergarbeiter für den, wenn die Arbeiterbewegung sein entschlossen. Der Bergarbeiterkongress, während der Bergarbeiterkongress ausbrach gegen eine Verlängerung der Arbeitseitz ist.

## Blodbildungen

Δ Halle, 3. September.

Wie wir in der deutschen Wirtschaft immer stärker die Bildung von Kleinrenten und Konzernrenten beobachten, die mit ihren Konzernrenten das ganze verarbeitende Wirtschaftsgeschehen an sich reißen, so leben wir auch in der Politik bestimmte Verläufe zu Konzentrations- und Blodbildungen, die besonders in der letzten Zeit stärker die Öffentlichkeit beschäftigen.

Der erste politische Konzentrationsprozeß, den wir in der letzten Zeit beobachten konnten, war die SPD, die Vereinigung Vaterländischer Verbände, die als Dachgesellschaft die großen sozialistischen Organisationen nebst ihren unzähligen Zweigorganisationen unter einen Hut bringen sollte. Diese Konzentrationsbestrebungen werden hauptsächlich von der Großindustrie gefördert, die nicht gewillt ist, weiterhin ihre Subventionen an Spaltungsorganisationen zu verschütten, sondern die für ihr Geld sich auch einen möglichst großen politischen Einfluß sichern will.

Daß dieser Konzentrationsprozeß nicht ganz ohne Erfolg geschehen ist, beweisen die Beitreibungen der Jores-Gaul, die des, was die Vaterländischen Verbände in der SPD, antreiben, in einer „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ der Reichsparteien verwirklichen wollen.

Die Vereinigung dieser beiden Konzentrationsbestrebungen, der SPD, mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hat vor kurzem in Sachen stattgefunden. Wenn auch dieser politische Festschreibungsblock Widerstände in sich aufweist, die seine Dauerhaftigkeit in Frage stellen, so scheint doch diese Blodbildung wenigstens für die nächsten Landtagswahlen gesichert zu sein.

Gegenüber dieser sozialistischen Blodbildung versuchen die Herren Loeb, Wirth und Haas eine Gegenblodbildung in Gestalt der „Republikanischen Union“, die folgende eine Verankerung des Reichsbannerbundes in den drei Parteien der selbigen Reichsbanner Koalition darstellen soll. Das Ziel dieser „Republikanischen Union“ ist die Wiederherstellung der Weimarer Regierungskoalition. Der Gedanke entstand in der Führerschaft des Reichsbanners und die maßgebenden Führer des Reichsbanners sind selbst die Manager der „Republikanischen Union“. Wirth, Haas und Loeb — alle drei sitzen im Vorstand des Reichsbanners. Aber in allen drei in Frage kommenden Parteien herrscht wenig Neigung zur Bildung der „Republikanischen Union“. Die Demokratische Partei mit ihrem Führer Koch erstreckt nach wie vor die Große Koalition. In der preussischen „Kreuz-Zeitung“ heißt es das Koch noch einmal ausdrücklich, indem er feststellt, daß heute in seiner Partei die Möglichkeit einer „Reinen Koalition“ gegeben sei. Man sieht im Gegenteil in dem maßgebenden Kreise der Demokratischen Partei in der Bildung der „Republikanischen Union“ das Mittel, die Deutsche Volkspartei endgültig in die Arme der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ zu treiben. Die maßgebenden Kreise des Zentrum, die katholischen löwenindustriellen Kreise, verippen noch weniger Lust, die „Republikanische Union“ mitzumachen. Und auch in der SPD, herrscht die Meinung vor, daß die „Republikanische Union“ schon jetzt ein selbige Hindernis sei. Immerhin werden mit der weiteren Ausgestaltung des sozialistischen Blods auch die Beitreibungen der „Republikanischen Union“ sich stärker bemerkbar machen in Sonderheit dann, wenn die Propaganda im Reichsbanner und der SPD, an dem Werten ihrer Partei und Organisation mittel, um zusammen mit dem revolutionären Kern des Reichsbanners, der SPD, gemeinsam zu handeln. Gerade in einem solchen Augenblick ist die Bildung einer „Republikanischen Union“ auszuschießen, nicht als Blodbildung gegen den Reichsblod, das ist nur seine äußerliche Drapierung, sondern als Verlängerung dieses Reichsblods mit der ausgeprochenen Aufgabe, die Rehabilitierung der breiten Massen zu unterbinden und einen Blod unter Führung der kommunistischen Partei zu verhindern.

Diesen Blodbildungen gegenüber, die zum Teil schon praktische Gestalt angenommen haben, muß die kommunistische Partei größte Aufmerksamkeit widmen. Eine verstärkte Einheitsfrontpolitik, die die Sammlung der breiten Massen unter kommunistischer Führung befördert, und die (somit) den Kampf aufnimmt gegen den sozialistischen Bürgerblod, wie auch gegen die „Republikanische Union“, das muß die Antwort sein. Wir werden sehr viel Aufmerksamkeit gerade der Rolle der „Republikanischen Union“ zu widmen haben, ihren Scheitern gegen den Festschreibungsblock einfließen müssen und den Massen zeigen, daß die „Republikanische Union“ nur eine Aufgabe hat, die auf kommunistischen Partei (sodann) Massen von diesem Schritt abzuhalten.

Wir haben in Preußen heute eine Regierung, die der „Republikanischen Union“ auf den Leib zugeschnitten ist, die Weimarer Koalition, die die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum umfaßt. Für Wirth, Haas und Loeb der Jores-Gaul. Die „Republikanische Union“ verbindet in ihrem Programm „Wach der Republikanismus in der Republik, Blod den Republikanismus in der Politik und Verwirklichung der Festschreibung aller reaktionären Elemente.“ Nun muß, in Preußen ist die Grundlage für die Verwirklichung dieser Forderungen gegeben, die diese Forderungen, die Herr Wirth, als er noch Reichsminister war, nicht nur nicht verwirklicht, sondern im Gegenteil verhindert hat. Aber gerade heute sehen wir am preussischen Beispiel, was es mit der „Republikanischen Union“ auf sich hat. Die preussische Regierung ist der ausgeprochenen Handlanger des Festschreibungsblods.

am Tag des Geveering'schen Erlasses schreibt der sozialistische Polizeibeamte A. D. Schilling in der „Kreuz-Zeitung“ einen Artikel über die „Bewaffnung der Polizei“. Er kritisiert dieser famose „linke“ Sozialdemokrat, der zugleich ein Arbeiter und Zeitstreiter wie die „Weltbühne“ ist: „Was wer stellt in den Reihen der Schutzpolizei gefangen hat, daß es Momente gibt, in denen aus einer fassenden aufständigen Menge heraus der offene Wahnhaft aufsteht und die Polizei gegen sie in hohem Maße anstrengt, wenn die nicht flucht aufgeben will...“

Die Polizei hat nichts zu tun mit einem staatsweisen-ähnlichen Kolleg oder mit der geistlichen Disziplin im Polizeibereich. Wenn die Polizei etwas taugen soll, muß sie sich bewaffnen, unter Umständen militärisch bewaffnen, mit der Schärfe und aller Bekräftigung verwehrt sein! Daß die Schutzpolizei dieser Anforderung entspricht, kann keinem Zweifel unterliegen.“

### Politische Presse zum Moskwa-Erlass Geveerings

„Allgemeine Zeitung“ widmet dem Moskwa-Erlass große Aufmerksamkeit. Schon die Überschrift:

### Neue Verhandlungen mit den englischen Grubenbesitzern

(Eig. Draht.) London, 3. September.  
Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter befolgt gestern Abend um 9 Uhr gegen 225 000 Stimmen, den Vollgouverneur zu neuen Verhandlungen mit den Grubenbesitzern zu ermächtigen. Dem Vollgouverneur wurden alle Vorschläge bezüglich Arbeitseitz und Löhne erteilt. Die einzige Bedingung ist, daß ein ganzes 150 000 Mann für ganz England abgeschlossen wird. Coolidge, der in der letzten Sitzung des englischen Bergarbeiterverbandes, daß die finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter mit der einzigen Ausnahme der englischen Bergarbeitervereinbarung, die sich nicht beschließen werden. In der letzten Sitzung wurde sich Coolidge gegen die Annahme der längeren Arbeitseitz.



Der Hieb hat gefolgt

Die Solidarität des I.O.G.E. zu 4% Prozent der 'Vorwärts' und Purcell

Es ist die englischen Gewerkschaften lieber gefolgt hätten. Die I.O.G.E. dieses Darlehen zinsenfrei gewährt.

Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Der Hieb hat gefolgt. Die I.O.G.E. hat sich für die englischen Gewerkschaften eingesetzt.

Sich einmal dazu äußern würden, wie sich diese Unterstützung der Unternehmerrufen verhält mit dem Vorteil der Gesellschaften für eine Befreiung der proletarischen Lebenshaltung.

Der Redakteur der 'Bergarbeiter-Zeitung' durch Hulewanna gemahregelt

(Eig. Drohm.) Moskau, 3. September. Wie wir erfahren, ist der sozialdemokratische Redakteur Garbe von seiner Funktion als Redakteur der 'Bergarbeiter-Zeitung' entlassen worden.

Englische Bergarbeiterdelegation in Moskau

(Korrespondenz.) Moskau, 31. August. Heute traf hier die erste Gruppe der englischen Bergarbeiterdelegation, die auch Bergarbeiterinnen, darunter die Gattin Coles, anreisten, ein.

Am 3. September erklärte: Wir kamen in die Sowjetunion, um den russischen Arbeitern für die Hilfe, die sie den englischen Bergarbeitern erwiesen haben, zu danken.

Schwarze Roden in Hamburg. Im Krankenhaus in Hamburg wurden bei einem aus Überfließen unregelmäßig Arbeiter schwarze Roden festgestellt.

Bericht über die Berliner Tagung des Anglo-Russischen Komitees

(Korrespondenz.) Moskau, 31. August. Genosse Andrejew, Vorsitzender der russischen Gewerkschaftsdelegation auf der Berliner Tagung des Anglo-Russischen Komitees, berichtete im Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion im Gegenwart der eingetroffenen englischen Bergarbeiterdelegation über den Verlauf der Konferenz.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion billigte einstimmig die Tätigkeit der Delegation. In der angenommenen Resolution heißt es: Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion spricht im Namen von über 8 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten der Sowjetunion nochmals den aufrichtigsten Wunsch aus, das Anglo-Russische Komitee, als das Organ des brüderlichen Bündnisses der Proletarier Englands und der Sowjetunion in ihrem Kampfe gegen die Offensibe des Kapitalismus, für die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften gegen die von den Imperialisten vorbereiteten Kriege, zu erhalten, zu festigen und zu vergrößern.

Die Solidarität amerikanischer Arbeiter

(Korrespondenz.) London, 1. September. Frau Helen Wilkinson, Mitglied des Unterhauses, ist eben aus America zurückgekehrt, wo sie zusammen einer finanziellen Hilfe für die britischen Bergarbeiter wirkte.

Helft den englischen Bergarbeitern!

In der am Donnerstag, dem 2. September, stattgefundenen Funktionärstagung der Ortsgruppe Halle des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wurden von den Funktionären für die englischen Bergarbeiter 25 Mark gesammelt.

Kleine Anzeig Grobe Wirkung der Zus...

Telefon 8...

... 4425...

... 0,58...

... 0,97...

... 1,50...

... 2,3...

... Sie...

... Mark...



Streifbrecher unter kaiserlichem Schutz in England

In einigen Kohlenbezirken ist es den englischen Bergarbeitern gelungen, die Arbeiter zu veranlassen, wieder zur Arbeit zurückzukehren. Trotz allen Triumphgebülles der gelassenen europäischen Presse hat diese Zahl nicht mehr als 25.000 betragen, während über eine Million Bergarbeiter meistar im Kampfe verharrten.

Die Wagners Wandlung

Der Roman einer Entwicklung Von Otto Müller-Glück

Copyright by Kallmayer Verlag, Kammheim. Ich dachte nie, welche gefährliche Gewalt ich in eben diesen Jahren über mich entfalten würde; konnte nicht wissen, wie das Verhängnis sei, das nun für mich furchtbar auf ihr wartete.

längler orientieren zu können. Sie wanderten also weiter, aber schon ein wenig gedrückt und zu ernstem Gelächren geneigt. Fritz sah alle erdenklichen politischen Perspektiven in das Reich seiner Betrugung.

ausreichten, den Krieg zu Ende zu führen, oder viel mehr Soldaten gebraucht wurden und auch ungediente Männer einrücken mußten, um militärisch ausgebildet und letzten Endes auch in der Front verwendet zu werden.













